

Leser schreiben... *

Gesamtschule

(„Landtag intern“ Nr. 15/1989, Wort und Widerwort zum Thema „Zwanzig Jahre Gesamtschule in NRW: Sind die gesteckten Ziele erreicht?“)

Manchmal erscheint ein Meinungsstreit meinungsbildend, wenn jede Partei zu Wort kommt.

Aber es ist nicht hinreichend informativ, die Kommentare von SPD, CDU und F.D.P. zur Gesamtschule kommentarlos gegenüberzustellen, weil in diesem Fall keine der Parteien den Mut hat, die erforderliche Ehrlichkeit einzubringen. Die Hauptschule bleibt solange minderwertig, wie ihr die gleichwertige Arbeitszeit verwehrt bleibt:

Die SPD will dies im Interesse der Bevorzugung von Gesamtschule, die CDU erklärt sich unerklärlicherweise nicht dazu — obwohl gerade die von ihr geschmähte Gesamtschule diese Frage löst —, und die F.D.P. steht diesbezüglich im Wechselbad der Gefühle.

Also bleiben die Hauptschullehrer die Waserträger der Pädagogik, und die Gesamtschule geht ihren Weg!

(* Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

Friedrich Nowotny ist als Intendant des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) wiedergewählt worden. Der Rundfunkrat des Senders bestätigte Nowotny am 20. September mit 36 von 41 möglichen Stimmen für weitere sechs Jahre im Amt. An der Wiederwahl des alten und neuen Intendanten hatte er zuvor keinen Zweifel gegeben, nachdem bereits im Juni des Jahres der Vorsitzende des Rundfunkrates, **Reinhard Grätz**, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag, Nowotny für eine zweite Amtszeit vorgeschlagen hatte. Auch die von der CDU entsandten Rundfunkräte stimmten für den 60jährigen Fernsehjournalisten, der sich einst als Moderator der Sendung „Bericht aus Bonn“ bundesweit einen Namen gemacht hatte. Mit der Übernahme der ARD-Geschäftsführung durch den WDR ab 1991 wird Friedrich Nowotny dann auch ARD-Vorsitzender.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 5007.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304
und 884 2545, fax: + 566 01*

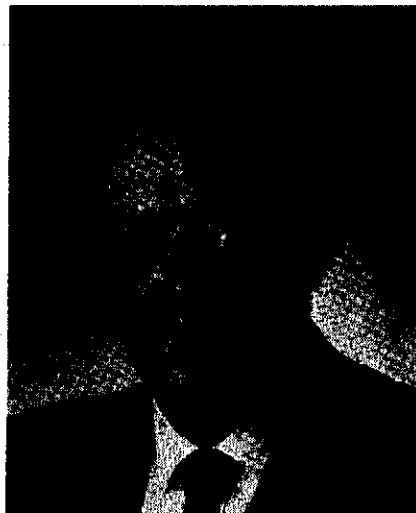
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD),
Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD),
Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher,
und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Hans Wagner (CDU)

Das katholisch-sozial eingestellte Elternhaus hat Hans Wagner geprägt, und es bestimmte auch wesentlich seinen bisherigen Lebensweg. Der gebürtige Oberhausener, Jahrgang 1934, engagierte sich schon früh für die Mitmenschen, ob zunächst in der katholischen Jugend, später in der CDU, ob in der katholischen Arbeiterbewegung, im Diözesanrat, in der Kommune oder in der Bewährungshilfe. Ungeachtet seiner großen Aktionsradien und der Berufung in eine Vielzahl von Ämtern, der CDU-Landtagsabgeordnete sucht das Gespräch zum einzelnen Menschen, für ihn ist „Bürgernähe“ kein modisches Schlagwort und das „Zuhören“ keine lästige Notwendigkeit.

Die beruflichen Stationen: Nach Besuch der Volksschule Schlosserlehre, Gesellenprüfung, mehrjährige Tätigkeit im Beruf. Dann Besuch der Höheren Fachschule für Sozialarbeit der Diözese Essen, anschließend Bewährungshelfer im Strafvollzug. Bald nach seiner Wahl in den Landtag mußte er gemäß Landesrechtsstellungsgesetz diese Tätigkeit aufgeben. „Zu meinem großen Bedauern“, wie er noch heute betont. Der CDU schloß sich Hans Wagner bereits 1956 an, später auch der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV).

Die Funktionen in der CDU seit seinem Eintritt aufzuzählen, würde den Rahmen dieses Porträts sprengen. Nur soviel, Hans Wagner zählt zu den führenden Repräsentanten der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene, ist Mitglied des CDU-Bezirksvorstandes Ruhrgebiet und steht seit vielen Jahren an der Spitze des Kreisverbandes der Oberhausener Union. Mit der Revierstadt fest verwurzelt, bestimmt er als Ratsvertreter und Fraktionsvorsitzender seit langem deren Entwicklung mit. Registriert sei noch, daß der aktive Katholik auch Mitglied des Diözesanrates des Bistums Essen ist.

Bis auf eine einhalbjährige Unterbrechung gehört der Oberhausener seit 1970 dem nordrhein-westfälischen Landtag an. Während dieser Zeit berief ihn seine Fraktion in mehrere Ausschüsse. Heute leitet er als Vorsitzender den gewichtigen Ausschuß für Kommunalpolitik, der ihm nur noch wenig zeitlichen Spielraum für die Mitarbeit in anderen Parlamentsgremien läßt. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen vor Ort zählt der Christdemokrat zu den entschiedensten Befürwortern einer Änderung der Gemeindeordnung, die nach seiner Überzeugung allerdings nur im Konsens der großen Parteien vollzogen werden dürfte.

Mit der derzeit gültigen Gemeindeordnung könnten die vielen Zukunftsaufgaben der Kommunen nicht bewältigt werden. In diesem Zusammenhang tendiert er für die Abschaffung der sogenannten „Doppelspitze“ Bürgermeister/Hauptverwaltungsbeamte. Statt dessen sollte ein alleinverantwortlicher hauptamtlicher Ober- bzw. Bürgermeister an die Spitze von Rat und Verwaltung gestellt werden. Die Bürger würden heute fälschlicherweise den Bürgermeister als den „Chef“ der Kommune sehen, das gesamte Verwaltungshandeln

liege jedoch nach der Gemeindeordnung in der Verantwortung der Stadt- bzw. Gemeindefraktoren.

Der Oberhausener plädiert dabei für eine Urwahl des Bürgermeisters, also dessen direkte Wahl durch die Bürger. Eine Abschaffung der Doppelgleisigkeit sei nach seiner Ansicht nur sinnvoll, wenn die dann dominierende Position des „ersten Bürgers“ von der Bürgerschaft direkt legitimiert werde. Auch wären dann nicht nur die Parteien gezwungen, „nur gute Leute“ bei der Kommunalwahl zu präsentieren, auch unabhängige Persönlichkeiten hätten eine Chance, Bürgermeister zu werden.

Eine Änderung der Gemeindeordnung müsse auch bewirken, daß die Räte über langfristige Konzeptionen ihrer Kommunen diskutierten und nicht — wie heute häufig — über die „Einstellung von Reinigungskräften“. Die Kommunalparlamente würden mit Papieren und Anträgen zu allgemeinen politischen Themen überfüttert. Für Hans Wagner ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung das wichtigste Ziel der Reform. Wie notwendig dies sei, habe jüngst das Auswahlverfahren der „ZIN“-Förderungsprojekte bestätigt, wo die kommunalen Selbstverwaltungsorgane ausgeschaltet worden seien. In diesem Zusammenhang macht sich der Oberhausener auch dafür stark, daß das Revier trotz aller parteipolitischen Unterschiede möglichst mit einer Stimme spricht. Derzeit blicke jeder Oberbürgermeister noch zu sehr auf den eigenen Kirchturm.

An seine Landtagskollegen appelliert der Ausschußvorsitzende, bei der Verabschiedung von Gesetzen, die die Städte und Gemeinden tangieren, mehr als bisher zu prüfen, ob deren Vorschriften und Normen überhaupt erforderlich seien. Er habe oft den Eindruck, daß viele Kollegen bei der Abstimmung im Landtag gar nicht die finanziellen Folgen für die Kommunen kennen würden.

Zum aktuellen Zustrom von Aus- und Übersiedlern meint der Christdemokrat, daß neben der öffentlichen Hilfe die Einstellung der Mitbürger gegenüber diesen Menschen noch viel wichtiger sei. „Empfangen wir sie mit offenen Herzen und begleiten wir sie auf ihren ersten Schritten in der Bundesrepublik“, rät der Abgeordnete.

Freizeit, Entspannung des Familienvaters mit drei Kindern? „Ich wandere gern, greife zu einem Buch — beides aber viel zu selten.“ Eine häufige Antwort...

Jochen Juretko